

9042/J XXIV. GP

Eingelangt am 08.07.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Vilimsky
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend Terrorismusprävention

Die „Kronen Zeitung“ vom 23.06.2011 berichtete:

„Innenministerin kämpft gegen Hassprediger Neue Überwachungs-Technologie
10 Millionen Euro für Terror-Paket

Hasspredigern und Schläferzellen soll nun der Kampf angesagt werden. Nachdem drei Islamisten auf dem Flughafen Schwechat in letzter Sekunde angehalten werden konnten und nach der Verhaftung eines mutmaßlichen Selbstmordattentäters in Wien sollen nun zehn Millionen Euro in ein "Anti-Terror-Paket" investiert werden.

Justizministerin Beatrix Karl und Innenministerin Mikl-Leitner präsentieren das Anti-Terror-Paket. In Zukunft soll auch Verhetzung strafbar sein.

Sie hatten nur ein Ziel vor Augen: so wie ihre terroristischen Vorbilder in den Lagern von Afghanistan und Pakistan trainieren und dann zu einem Anschlag wie einst am 11. September 2001 ausrücken - jene drei Islamisten, die am 15. Juni von Verfassungsschützern abgefangen werden konnten. "Sie werden weiterbefragt", heißt es offiziell. Denn verhaftet werden konnten die Gotteskrieger nicht.

Und genau das soll sich durch das am Mittwoch von Innenministerin Mikl-Leitner und Justizministerin Karl vorgestellte Paket ändern. Hier die Eckpunkte:

In Zukunft sollen bereits das Gutheißen eines Terrorakts und Hetze strafbar sein.

10 Millionen Euro sollen in bessere Überwachungstechnik investiert werden.

Schlagkräftige "Vorfeld-Analyse" von verdächtigen Radikalen.

Verbesserte Kommunikation mit den Glaubensgemeinschaften.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. Welche Änderungen im Sicherheitspolizeigesetz sind geplant?
2. Welche Änderungen im Strafrecht sind geplant?
3. Soll das Terrorismuspräventionsgesetz 2010 neu aufgelegt werden?
4. Haben Sie sich die Stellungnahmen zum Ministerialentwurf betreffend Terrorismuspräventionsgesetz 2010 durchgelesen?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Wann soll das Paket in Begutachtung gehen?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.